
2 SOZIALE BEWEGUNGEN

2.1 EINLEITUNG

Als Gegenbewegung zum Rückgang der konventionellen politischen Partizipation macht sich seit 1967 ein markanter Anstieg unkonventioneller Aktivierungsereignisse bemerkbar (vgl. Kriesi et al. 1981). Träger dieser Ereignisse sind grossenteils neue soziale Bewegungen. Etwa seit Mitte der 1970er Jahren sind neue soziale Bewegungen ein wichtiges Thema der politikwissenschaftlichen Forschung in der Schweiz.

Soziale Bewegungen an sich sind kein neues Phänomen. Weder die Revolutionen vom 18. bis 20. Jahrhundert, noch der Nationalismus, noch die klassischen Grossideologien der Moderne, der Liberalismus, der Konservatismus und der Sozialismus und auch nicht die Totalitarismen des 20. Jahrhunderts lassen sich ohne Rekurs auf soziale Bewegungen beschreiben (Imhof 1996: 172). Die Bezeichnung "Neue soziale Bewegungen" wird jedoch heute vor allem als Sammelbegriff gebraucht für die seit den 70er Jahren im Zuge des gesellschaftlichen Wertwandels aufkommenden Quartier-, Anti-AKW-, Ökologie-, Friedens-, Frauen- und sonstigen Alternativbewegungen.

Die Neue soziale Bewegungen wurden in den 1970er und 1980er Jahren in Anbetracht der Mobilisierungsprobleme der politischen Parteien und deren Schwerfälligkeit bei der Aufnahme neuer Themen als Alternative zur klassischen Form der Politikbeteiligung betrachtet (Bewegungsgesellschaft der Postmoderne). Zwar sind bis anhin die Parteien nicht in neuer Stärke erblüht, aber die Bewegungen haben doch einiges von ihrem vielversprechenden Glanz eingebüsst. Zudem werden heute Bewegungen eher als zu den politischen Parteien in einem komplementären Verhältnis stehend verstanden.

2.2 WAS SIND BEWEGUNGEN?

Im Unterschied zu Parteien sind Bewegungen weniger organisiert und in Programmatik, Zweck und Mitteln weniger spezifisch auf das institutionelle Politiksystem ausgerichtet. In anderen Worten: Bei Bewegungen handelt es sich um einen nicht kontrollierten, kollektiven Prozess der Abwendung von vorherrschenden gesellschaftlichen Werten, Normen oder Zwecken.

Organisationssoziologisch können soziale Bewegungen durch ihren niedrigen Grad an funktionaler Differenzierung und die emotionale Bindung ihrer Mitglieder charakterisiert werden. Damit ist, verglichen mit funktional differenzierteren und zumindest teilweise professionalisierten Parteiorganisationen ein hoher interner Konformitätsdruck verbunden, der zuweilen auch Gewohnheiten und Sprache der Mitglieder beeinflusst und Sichtbarkeit verleiht (Imhof 1996: 168).

In morphologischen Termini können soziale Bewegungen als überwiegend segmentär (im Gegensatz zu arbeitsteilig) konstituierte Sozialsysteme betrachtet werden, bei denen sich ein dominantes Strukturelement zentralisierter Steuerung in einem diffusen Mischverhältnis mit halb- und dezentralisierten Komponenten verbindet (Geser 1983: 202). Die zentralisierten

Elemente erscheinen in der Gestalt von meist charismatischer Führungspersonen, die als konsensual anerkannte Repräsentanten der gemeinsamen Symbole und Zielsetzungen fungieren und deren Ausscheiden häufig die Fragmentierung oder Auflösung des Gesamtsystems nach sich zieht (Weber 1972: 664). Die dezentralisierte Steuerung zeigt sich in der freiwilligen "Gefolgschaft" jedes Mitglieds aufgrund innerer Motivation und halbzentralisierte Komponenten schliesslich wirken in der Tendenz des Kollektivs, sich als solidarische Ingroup gegenüber dem gesellschaftlichen Umfeld zu differenzieren, sowie in einem horizontalen Konformitätsdruck, der auch innerlich wenig überzeugte Mitläufer zu einer - wenigstens temporären ritualisierten Teilnahme drängt (Geser 1983: 202 f.). Sowohl die Labilität der "inneren Motivation" wie auch die Unzuverlässigkeit des Führungscharismas hat zur Folge, dass Bewegungen wenig langfristige Überlebenschancen besitzen (Geser 1983: 203).

2.3 WARUM ENTSTEHEN SOZIALE BEWEGUNGEN?

Verschiedene sozialwissenschaftliche Ansätze konkurrieren miteinander, wenn es darum geht, die Entstehung von sozialen Bewegungen zu erklären. Auf drei solcher Grundtypen von Ansätzen soll hier kurz eingegangen werden (zur Unterscheidung dieser drei Ansätze vergleiche z. B. Jenkins 1981). Dabei gilt es zu beachten, dass sich diese Unterscheidung auf zwei Dimensionen abspielt. Auf der einen Seite richtet sich die Perspektive auf die Akteure oder auf das politische System, auf der anderen Seite wird, was die Machtverteilung in der Gesellschaft anbelangt, von einem gesellschaftlichen Gleichgewicht respektive von Grundkonflikten ausgegangen.

2.3.3.1 Sozialpsychologische Ansätze

Sozialpsychologische Ansätze konzentrieren sich auf die Individuen (oder gegebenenfalls auf "atomisierte" Massen). Dabei wird von einer generellen Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen ausgegangen. Vernachlässigt werden hingegen vielfach die bestehenden Machtverhältnisse sowie organisatorische Aspekte. Beispiele:

Konzept der relative Deprivation: Mit Deprivation ist das Auseinanderfallen von erwarteter Befriedigung und realer Befriedigung gemeint. Je grösser die Frustrationen, desto eher und ausgeprägter kommt es zu aggressivem Verhalten: "revolution of the rising expectations". Mit dem Wirtschaftswachstum sind die Ungleichheiten nicht verschwunden. Ein Vertreter dieses Ansatzes ist Gurr (1970) mit seinem Buch "Why men rebel", welcher sich vor allem auf die Erforschung von politischer Gewalt konzentrierte. Empirisch müsste hier allerdings nachgewiesen werden können, dass vor allem die besonders stark deprivierten politisch aktiv werden, was sich nicht mit den Erkenntnissen aus der Partizipationsforschung deckt.

Die autoritäre Persönlichkeit: "Mitgliedschaft" in einer Bewegung erfolgt nicht aufgrund persönlicher Interessen oder Gruppeninteressen, sondern weil die Bewegung Befriedigung von Persönlichkeitsbedürfnissen verspricht. Dies kann einen "sado-masochistischen" Charakter annehmen: Man bewundert Autorität und neigt dazu, sich Autoritäten zu unterwerfen. Die Ich-Schwäche lässt fremde Ichs als bedrohlich erscheinen, behindert die Wahrnehmung der

Anliegen anderer und führt zu einer einseitigen Beurteilung der Umwelt. Antidemokratische, dogmatische und faschistische Potentiale werden gebildet durch Anhänger von autoritären Persönlichkeiten. Arbeiter sind autoritärer als Mittelschichtangehörige, folglich- nach den Verfechtern dieses Konzeptes - organisieren sie sich eher in "leninistischen" Parteien während die Mittelschichten sozialdemokratische Parteien bevorzugen (müsste allerdings noch empirisch belegt werden). Dieser Ansatz scheint vor allem für basisdemokratische Bewegungen völlig ungeeignet zu sein.

Theorie der Statusinkonsistenz: Inkonsistenz zwischen Einkommen und Bildung oder zwischen Beruf und Einkommen, wie dies etwa bei den Mitgliedern des CND ("committee for nuclear disarmament") in den 1950er und 1960er Jahren in England festgestellt wurde, wird für das Engagement verantwortlich gemacht. Die Inkonsistenz dürfte jedoch eher ein Produkt der Entscheidung für humanistische Ziele sein und nicht Ursache des Engagements.

Was die Erklärungskraft sozial-psychologischer Ansätze für die Entstehung von neuen sozialen Bewegungen anbelangt, so kann wohl im Einzelfall das persönliche Engagement oder die Gewaltanwendung Einzelner erklärt werden, für das Zustandekommen sozialer Bewegungen liefern sie hingegen kaum hinreichende Argumente.

2.3.3.2 Strukturfunktionalistische Ansätze

Als Vertreter von Strukturfunktionalistischen Ansätzen gelten Parsons (1951) und Smelser (1963). Pluralistische Gesellschaften befinden sich in einem Gleichgewicht. Der rasche soziale Wandel (Industrialisierung, Tertialisierung und heute Globalisierung) bringt dieses Gleichgewicht durcheinander. Wirtschaftliches Wachstum, Urbanisierung, Einwanderung usw. zerstören den internen Zusammenhalt der Gesellschaft und führen zu Desorganisation und unkonventionellem Handeln, entweder individuell (Kriminalität, Selbstmord) oder kollektiv (soziale Bewegungen). Solche Ansätze werden auch Zusammenbruchstheorien genannt. Treffen sie zu, so müsste die Mobilisierung in Perioden mit besonders starkem sozialen Wandel am ausgeprägtesten sein.

Argumente gegen strukturfunktionalistische Ansätze sind: Soziale Desorganisation kann nicht am Anfang von Organisation stehen. Die aktiven BürgerInnen sind politisch versiert und eher integriert. Damit eine Bewegung entsteht, müssen die Leute die erlebte Deprivation zuerst als ungerecht erkennen und an die Möglichkeit einer Verbesserung glauben. Sie brauchen Theorien um ihre Vorstellungen zu strukturieren und über die notwendigen Ressourcen für deren Umsetzung.

2.3.3.3 Konflikttheorien

Für die Anhänger von Konflikttheorien lässt sich die Entstehung von kollektiven Bewegungen auf grundlegende, in der Struktur der Gesellschaft verwurzelte Konflikte zurückführen. Solche Konflikte sind begründet in Besitz- und Produktionsverhältnisse, in ethnisch-kulturellen Unterschieden, im Spannungsverhältnis zwischen Zentren und Peripherien und in grundlegend verschiedenen Wertorientierungen. Die Akteure handeln hier rational. Sie stellen Kosten-

Nutzen-Überlegungen an: wie kann es zu kollektiver Aktivität kommen, welches sind die Erfolgsaussichten und was sind allfällige Repressionen. Sozio-politische Bewegungen sind eine Gegenstrategie gegen Benachteiligung und Unterdrückung und nicht Ausdruck von Unsicherheit und Orientierungslosigkeit. Der Marxismus kann als Konflikttheorie betrachtet werden, die auf der Frage nach der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und der Logik des kapitalistischen Verwertungsprozesses beruht. Wenn man die Art und Weise wie es zum kollektiven Engagement kommt in den Vordergrund stellt, so können Konflikttheorien im Gegensatz zu den Zusammenbruchstheorien auch als Solidaritätstheorien bezeichnet werden.

2.3.3.4 Zusammenfassung

Wenn wir uns an die Eingangs erwähnten impliziten Grunddimensionen zurückerinnern, so können die diskutierten Ansätze in einer Vier-Felder-Tabelle zusammengefasst werden. Der vierte Ansatz, der Ressourcen-Mobilisierungsansatz, wird im nächsten Abschnitt behandelt.

Tabelle: Ansätze zur Erklärung von sozialen Bewegungen

		Perspektive	
		Akteur	System
Machtverteilung	Gleichgewicht	Sozial-psycholog. Ansätze	Struktur-funktionalist. Ansätze
	Konflikt	<i>Ressourcen-Mobilisierungs-Ansatz</i>	Konflikt-Theorien

Wie so oft, kann bereits hier die versöhnliche Feststellung angebracht werden, dass mit diesen verschiedenen Ansätzen zu unterschiedlichen historischen Zeitpunkten versucht wurde, zum Teil gänzlich voneinander verschiedene Phänomene zu erklären. Wissenschaftliche Auseinandersetzungen entstehen vor allem dann, wenn für einen einzelnen Ansatz ein Allgemeingültigkeitsanspruch erhoben wird.

Weiterführende Schwerpunkte:

- Unterschiedliche Weltbilder: Akteur- vs. Maschinenmodell
- Machtverteilung in der Gesellschaft: Elitisten vs. Pluralisten

2.4 WIE UND WARUM SIND SOZIALE BEWEGUNGEN AKTIV UND ERFOLGREICH?

2.4.1 Der Ressourcen-Mobilisierungs-Ansatz

Der Ressourcen-Mobilisierungs-Ansatz unterscheidet sich von den bereits diskutierten anderen Ansätzen in zwei Punkten (vgl. Giugni 1995: 49):

- Seine Anhänger verwerfen die Vorstellung, dass am Anfang eines Mobilisierungsprozesses Unzufriedenheit und soziale Desintegration steht. Sie legen vielmehr das Schwergewicht auf die soziale Organisiertheit als zentrale Voraussetzung für kollektive Aktionen.
- Zudem wird die Verfügbarkeit von Ressourcen, welche für eine erfolgreiche Mobilisierung notwendig sind, thematisiert.

Im Zentrum des Ressourcen-Mobilisierungs-Ansatzes steht nicht die Frage nach dem "Warum" sondern vielmehr nach dem "Wie" es überhaupt zu sozialen Bewegungen kommt.

Giugni (1995: 49 ff.) unterscheidet drei Versionen des Ressourcen-Mobilisierungsansatzes: eine soziologische Version, eine ökonomische Version und eine "relationelle" Version. Letztere unterscheidet sich von den beiden anderen dadurch, dass nicht die Herausbildung einer Bewegungsorganisation im Vordergrund steht, wie dies etwa bei McCarthy und Zald (1977) der Fall ist, sondern vielmehr von polyzentrierten, segmentierten und informellen Netzwerken ausgegangen wird. Beispielhaft beschäftigen wir uns hier nur mit der soziologischen Version. Einer ihrer Vertreter ist Tilly.

Das Mobilisierungsmodell von Tilly (1978) ist zweiteilig. Es unterscheidet ein Mobilisierungsmodell im engeren Sinne, welches die mobilisierende Bevölkerungsgruppe betrachtet, und ein Modell im weiteren Sinne, welches auch die Interaktionspartner berücksichtigt. Das engere Modell geht aus von den Begriffen Interessen, Organisation und Mobilisierung:

- **Interessen** lassen sich bestimmen aus den Äusserungen der untersuchten Bevölkerung oder aus der Analyse ihrer sozialen Position (subjektive vs. objektive Interessen).
- Aufgabe der **Organisation** ist es, die Handlungsbereitschaft zu stabilisieren. Dies geschieht durch die Herausbildung einer kollektiven Identität und die Akkumulation von Ressourcen. Durch die Organisation wird eine minimale zeitliche Beständigkeit gesichert. Eine Organisation kann sein: formal oder informell, von "oben" (Elite, Avantgarde) oder von "unten" (Szene, basisdemokratische Organisation) aufgebaut, hierarchisch oder horizontal strukturiert.
- **Mobilisierung** charakterisiert einen Prozess, bei dem eine Gruppe von einer passiven Ansammlung von Individuen zu einem aktiven Teilnehmer an politischen Entscheidungen wird. Anstelle des Begriffs "Mobilisierung" könnte auch Gamsons Begriff "Aktivierung der Handlungsbereitschaft" gesetzt werden (Gamson 1975).

Der zweite Teil des Modells umfasst die Begriffe Repression/Begünstigung, Macht und Chancen/Bedrohung:

- Mit **Repression/Begünstigung** meint Tilly jede Aktion eines anderen Akteurs, welche die Kosten für eine erfolgreiche Mobilisierung erhöht oder senkt. Dies kann in verschiedenen Phasen des Mobilisierungsprozesses geschehen.
- Die **Macht** einer Gruppe ist das Ausmass, in welchem sie sich gegen die Interessen eines konfliktiven Akteurs durchzusetzen vermag. Dies entspricht in etwa der bekannten Definition von Max Weber (Die Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, unabhängig davon worauf diese Chance beruht). Dies ist eine eindimensionale Vorstellung von Macht. Mehrdimensionale Konzepte berücksichtigen u. a. auch die Herbeiführung von Entscheidungen oder die Unterdrückung von Entscheidungssituationen (vgl. Bachrach 1969, Bachrach/Baratz 1963, Luke 1974).
- Unter **Bedrohung und Chance** wird die Verletzlichkeit der Regierung (z.B. kurz vor Wahlen) respektive die Forderung der vorherrschenden Meinung an die mobilisierende Gruppe (Kalter Krieg, Nestbeschmutzer) verstanden.

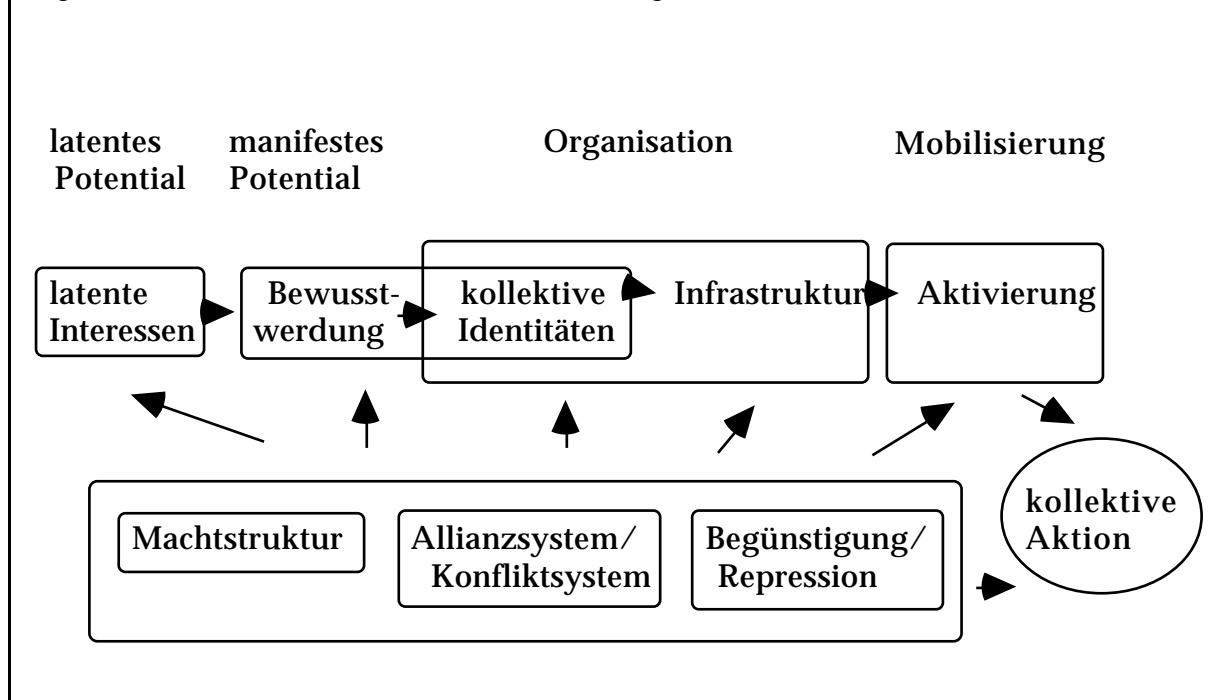
Dieser zweite Teil des Modells kann im Prinzip auf die Machstruktur und die Reaktion der Interaktionspartner und damit auf das Konflikt- und Allianzsystem reduziert werden. Sieht man im weiteren Rückkoppelungen im Modellverlauf vor, so verliert es seine Statik und wird dynamisiert.

Kriesi hat den Versuch unternommen, das Modell von Tilly zu verfeinern und den Bewusstwerdungsprozess, die Herausbildung der Organisation und das politische System stärker in den Vordergrund gerückt (vgl. Figur).

Damit werden auch sogleich die verschiedenen Schwachstellen deutlich:

1. Der Übergang von einem latenten Potential zu einem manifesten Potential. Warum entsteht die Bereitschaft, sich zu organisieren und kollektiv zu handeln (Bewusstwerdungsproblem)?
2. Wie entsteht aus einem manifesten Potential eine handlungsfähige Bewegung. Wie bildet sich eine minimale Organisationsstruktur heraus?
3. Organisationen haben spezifische Probleme wenn es darum geht, das Bewusstwerdungsproblem und das Ressourcenproblem zu lösen und die Handlungsbereitschaft zu stabilisieren.
4. Wie reagieren die anderen Akteure auf der politischen Bühne? Die Stellung einer Bewegung im politischen System sollte berücksichtigt werden.

Figur 1: Das erweiterte Ressourcen-Mobilisierungsmodell



Problem 1: Wie entsteht die Bereitschaft sich zu organisieren? Grundvoraussetzungen sind: eine gemeinsame sozio-strukturelle Lage und das Erkennen gemeinsamer Interessen. Nach pluralistischen Vorstellungen genügt es, dass die Individuen erkennen, dass sie gemeinsame Interessen haben, welche durch kollektives Handeln gefördert werden können. Damit haben sie auch Anreize, sich in Gruppen zusammenschließen und es gibt keine Hindernisse zu überwinden. Entsprechend haben Pluralisten auch optimistische Vorstellungen von westlichen Demokratien. Olson (1965) liefert jedoch mit seinem Konzept der "öffentlichen Gütern" ein Gegenargument gegen die Pluralisten. Tatsache ist, dass sich die meisten sozialen Bewegungen für öffentliche Güter stark machen. Weshalb sollen sich die Individuen aber auch engagieren, wenn sie als Free Riders ebenso davon profitieren können? Drei Auswege stehen nach Olson zur Verfügung: Verhandlungen, selektive Anreize oder Zwang.

Kritiker von Olson machen geltend, dass auch normative Orientierungen Motive für kollektives Handeln sein können. Moe (1980) bemerkt, dass Individuen unterschiedliche Nutzenfunktionen haben können. Neben selektiven Anreizen existieren auch Solidaritätsanreize (Freundschaft, Status) und zielorientierte Anreize (Prinzipien, Werte). Die Frage ist natürlich nun, ob Ziel- und Solidaritätsanreize nicht auch eine Form von selektiven Anreizen sind (vgl. Steiner 1996). Dieser Punkt wird auch von Fireman/Gamson (1979) aufgegriffen, die sich gegen eine solche "Aufweichung" des Begriffs der selektiven Anreize wehren. Selektive Anreize sollte ihrer Meinung nach nur für direkt fassbaren Nutzen verwendet werden.

Olson bezieht sich zudem in seinem Ansatz auf die Mitgliedschaft in bereits existierenden Gruppen (Lobbies, Interessengruppen, Gewerkschaften) und somit nicht auf den eigentlichen Ausgangspunkt eines Mobilisierungsprozesses. Er erklärt damit vielmehr die Teilnahme an

einer bestehenden Organisation und nicht die Bereitschaft zum Aufbau einer sozialen Bewegung. Will man erklären, warum sich die Individuen in einer frühen Phase eines Mobilisierungsprozesses zusammenfinden, in welcher sie noch kaum genaue Vorstellungen über allfällige Vorteile haben, so ist das Konzept der selektiven Anreize nicht hinreichend.

Es bestehen allerdings auch Schwierigkeiten, die Herausbildung von normativen Orientierungen zu erklären. Sie sollen ja nicht so definiert werden, dass sie mit den selektiven Anreizen zusammenfallen. Wie verlaufen diese Prozesse auf individueller Ebene? Weshalb kommt ein grosser Teil der Gesellschaft nicht dazu, sich zu mobilisieren? Hier haben sozialpsychologische und systembezogene Ansätze weniger Probleme. Erstere liefern die Motive, letztere die Gründe für die Mobilisierung. Der RM-Ansatz versucht sich aber gerade von diesen Ansätzen zu distanzieren. Zwar können die gemeinsame sozio-strukturelle Lage und das Erkennen gemeinsamer Interessen als Bedingungen für die Herausbildung normativer Orientierungen aufgeführt werden. Die eigentlichen Prozesse, welche schliesslich zum Beispiel zu Solidarität führen, oder eben nicht, bleiben jedoch unklar. Es zeigt sich hier, dass die Stärken des RM-Ansatzes zur Erklärung kollektiven Handelns beim "Wie" und nicht beim "Warum" liegen.

Problem 2: Wie entsteht aus einem manifesten Potential eine handlungsfähige Organisation? Oberschall (1973) nennt zwei Dimensionen, welche für die Herausbildung von solidarischem und schliesslich kollektivem Verhalten von Bedeutung sind: die vertikale Segregation und die horizontale Integration. Tilly (1978) stellt hier die Totalität einer Bevölkerungsgruppe in den Vordergrund. Diese ist umso grösser, je mehr die Gruppe eine soziale Kategorie darstellt und je eher sie über ein integriertes Beziehungsnetz verfügt (CATNET). Fireman/Gamson (1979) schliesslich zählen 5 Faktoren auf, die der Organisierung förderlich sind. Es sind dies: Freunde und Verwandte, gemeinsame Beteiligung an anderen Organisationen, gemeinsamer Lebensstil, gemeinsame Position in den Machtrelationen und keine Exit-Möglichkeiten.

Problem 3: Probleme der Organisation: Was hat man unter der Organisation einer Bewegung zu verstehen? McCarty/Zald (1977) unterscheiden zwischen "Social Movement Organization", "Social Movement Industry" und "Social Movement Sector". Unter den verschiedenen beteiligten Gruppen kann es allerdings zu Abgrenzungsproblemen kommen.

Oberschall (1973) weist darauf hin, dass ein Bevölkerungspotential mit schon bestehenden Organisationen viel leichter zu mobilisieren ist, dass es zu "Block-Rekrutierungen" kommen kann. Politisch aktive und bereits organisierte Leute sind für den Aufbau einer neuen Organisation besonders wichtig.

Die Rolle der Organisation ist je nach Phase des Mobilisierungsprozesses unterschiedlich. In welche Richtung entwickelt sich eine Organisation? Interessant sind hier die Diskussionen, welche auf die Arbeiten von Weber und Michels zurückgehen und den Organisationen mit zunehmendem Alter generell eine Tendenz zu Zielverschiebung (Organisationserhaltung löst inhaltliche Ziele ab), Oligarchisierung und Machtkonzentration unterstellen.

Problem 4: Soziale Bewegungen müssen in ihrem Konfliktkontext analysiert werden. Ideologien und verfolgte Ziele haben entscheidende Konsequenzen für einen Mobilisierungsprozess. Einfluss haben aber auch die Antagonisten und Allianzpartner. Je nach politischem System

bestehen unterschiedliche Voraussetzungen für neue soziale Bewegungen. Und schliesslich kann auch Repression einen Mobilisierungsprozess stoppen oder beschleunigen.

Der Ressourcen-Mobilisierungs-Ansatz hat die Erforschung der sozialen Bewegungen in der Schweiz lange Zeit stark beeinflusst.

2.4.2 Der POS-Ansatz

Schwächen des Ressourcen-Mobilisierungs-Ansatzes liegen wie erwähnt in seiner Beschränkung auf den Ablauf des Mobilisierungsprozesses. Die Interaktion mit dem politischen System wird zu wenig berücksichtigt. Es gilt also die soziale Bewegung wieder verstärkt in einem Konfliktkontext anzusiedeln und die Elemente des politischen Systems zu berücksichtigen. Damit rückt auch die Frage, warum es zu sozialen Bewegungen kommt, wieder stärker in den Vordergrund.

Eine solche Weiterentwicklung des Ressourcen-Mobilisierungs-Ansatzes, die sich verstärkt mit Gegebenheiten des politischen Systems auseinandersetzt, ist das Konzept der "political opportunity structure" (POS). Das POS-Konzept geht zurück auf Eisinger (1973), welcher sich vor allem auf die "openness of a political system to challenges addressed by social movements" bezog (vgl. Kriesi/Wisler 1996: 19). Kriesi und seine Mitarbeiter waren massgeblich an der Weiterentwicklung dieses Konzeptes beteiligt. Weitere Arbeiten und Autoren sind beispielsweise: Tarrow (1995), Kriesi et al. (1992), Kitschelt (1986), Giugni (1995).

Empirisch wurde untersucht, weshalb es in bestimmten Ländern häufiger zu neuen, sozialen Bewegungen kommt (Kriesi et al. 1992, Kriesi et al. 1995), oder auf die Schweiz bezogen, in welchen Kantonen häufiger Aktivitäten von sozialen Bewegungen auszumachen sind (vgl. Kriesi/Wisler 1996). Kriesi und Wisler (1996) kommen etwa bei ihrem Vergleich zwischen der Westschweiz und der Deutschschweiz zum Schluss, dass die Möglichkeit direktdemokratische Partizipationsmittel zu benutzen, die meisten sozialen Bewegungen veranlasst, dies auch zu tun und dass dies einen besänftigenden Einfluss auf die sozialen Bewegungen hat. Sehr radikale Bewegungen mögen auf eine direktdemokratische Beteiligung verzichten. Hat jedoch eine (kantonale) politische System tiefe direktdemokratische Zugangshürden, haben solche radikalen Bewegungen weniger Legitimität und sind weniger erfolgreich (Bsp. militante Jugendbewegung: harte Reaktionen in der Deutschschweiz, weichere Reaktionen in der Westschweiz).

2.5 SOZIALE BEWEGUNGEN UND POLITISCHE PARTEIEN

Historisch gesehen entstanden die meisten (schweizerischen) Parteien aus sozialen Bewegungen. Von Interesse sind die unterschiedlichen Beziehungsformen zwischen einer sozialen Bewegung und einer Partei und zwar sowohl im Zeitverlauf wie auch nebeneinander.

Kriesi (1986: 345 ff.) nennt vier Modelle, die das Verhältnis zwischen Parteien und Bewegungen beschreiben: das Stufenmodell (Bewegung als historische Vorstufe der Partei), das Schöpfquell-Modell (Bewegung als funktionales Komplement einer Partei, POCH; Alterna-

tivbewegung aus Sicht der Partei), das Avantgarde-Modell (Partei ist der Bewegung übergeordnet, SAP; leninistisches Organisationsprinzip) und das Sprachrohr-Modell (Partei ist ein Instrument der Bewegung, POCH; Partei aus Sicht der Alternativbewegung).

Dass das Verhältnis zwischen Parteien und sozialen Bewegungen alles andere als unproblematisch ist, liegt mitunter in den unterschiedlichen Orientierungsweisen und strukturellen Unterschieden begründet. Bewegungen orientieren sich an grundsätzlichen Prinzipien, die nicht verhandelbar sind (Entweder-Oder-Konflikte (Imhof 1996: 169)), Parteien verkünden zwar auch Prinzipien in ihren Programmen, ihr politisches Handeln ist aber viel stärker durch unmittelbare Interessen geleitet, und sie lassen sich - vor allem im Schweizer Konkordanzsystem - dauernd auf Verhandlungen und Kompromisse mit ihren Gegnern ein (vgl. Kriesi 1986: 347). In der Terminologie von Imhof (1996: 169) beschränken sich Parteien im Unterschied zu Bewegungen auf zeitlich befristete, kompromissfähige und revidierbare "Mehr-oder-weniger-Konflikte".

Auch was die Zeitperspektive ihrer Forderungen anbelangt, zeigen sich Unterschiede. Bewegungen orientieren sich entweder an unmittelbaren Auseinandersetzungen, Ereignissen oder Kämpfen, oder haben eine sehr lange Zeitperspektive (Kriesi 1986: 347). Mit anderen Worten: Der Subito-Mentalität verpflichtet oder auf die Revolution verträöstend. Parteien haben demgegenüber eine mittelfristige Perspektive.

Aus diesen Unterschied wird ersichtlich, welches Potential aus einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen einer Partei und einer Bewegung entstehen kann. Die Partei profitiert vom politischen Druck, den die Bewegung erzeugt, und die Bewegung verfügt damit über einen wertvollen Brückenkopf und Allianzpartner im politischen Entscheidungszentrum (wir werden im Abschnitt über die Bewegungsparteien nochmals auf dieses Phänomen zurückkommen).

2.6 SOZIALE BEWEGUNGEN IN DER SCHWEIZ

Herausbildung und Gestaltung der politischen Institutionen und die "Institutionalisierung" der politischen Akteure lassen sich auch in der Schweiz auf "bewegte Zeiten" zurückführen (vgl. dazu Imhof 1996: 172, welcher auch auf die relevanten Quellen verweist):

- Ohne radikal-demokratische Bewegung in den 1830er und 1840er Jahren, ohne Verfassungsbewegung, Aargauer Klosterstreit, Freischarenzüge und Sonderbundskrieg keine Bundesverfassung.
- Ohne Verfassungskämpfe im Kontext des Kulturkampfes zwischen der demokratischen Bewegung und dem damals bewegungsförmigen politischen Katholizismus der 1860er und 1870er Jahren keine Partialrevision der Bundesverfassung 1874.
- Ohne Arbeiterbewegung, die sich in den 1880er und 1890er Jahren stabilisierte und radikalisierte, keine Teilintegration des politischen Katholizismus gegen die neue Opposition. Danach sorgte die Arbeiterbewegung zusammen mit verschiedenen bürgerlichen Schutz-

bünden und den Bauernbewegungen für eine "rundum bewegte Schweiz" ausgangs des ersten Weltkrieges.

Die Einführung des Proporzwahlsystems 1919 sicherte danach den vier grossen politischen Kräften eine in etwa ihrer Mobilisierungskraft entsprechende Vertretung im Nationalrat und damit waren die Grundsteine für die vier grossen Parteien endgültig verankert.

In der Krise der 1930er Jahren entstand eine "eigentliche Bewegungsflut", die erst mit der geistigen Landesverteidigung wieder zurückging. Zu dieser Zeit entstanden: die "Frontenbewegung", die "Jungbauernbewegung" der "Landesring", die "Richtlinienbewegung" und die (liberale) "Sammlung der Mitte".

Nach dem zweiten Weltkrieg gelang der "linkssozialistischen Sammlungsbewegung 'PdA'" einen Einbruch ins schweizerische Parteiensystem. Die Ära des Kalten Krieges blieb mit Ausnahme der "Ungarnbewegung" und vereinzelter "Naturschutzbewegungen" eher bewegungsfrei.

In den 1960er und 1970er Jahren erlebten Bewegungen wiederum eine Hochkonjunktur. "Nationale Aktion" und "Schwarzenbach-Republikaner" auf der rechten Seite sowie die "Neue Linke", die "Frauen-", "Umwelt-", "Drittwelt-" und "AKW-Bewegung" auf der linken Seite prägten die politischen Auseinandersetzungen in grossem Masse.

Die 1980er Jahre erlebten die "Jugendbewegung", welche in die "Bewegung der urbanen Autonomien" mündete, sowie Bewegungen im Rahmen der Asylrechtsdebatte und der Armeefrage.

Der weltweite Integrationsprozess und die Europafrage führten zu Beginn der 1990er Jahre zur Aktivierung der integrationsfeindlichen "Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)" und der "Pro Europa-Bewegung", welche mit verschiedenen Initiativen den Anschluss der Schweiz an Europa zu sichern sucht.

Besonders gut dokumentiert ist die Zeit von 1945 - 1978 durch ein grossangelegtes Forschungsprojekt unter der Leitung von Hanspeter Kriesi, welches aufgrund von Zeitungsartikeln rund 6000 politische Aktivierungsereignisse erfasste (Kriesi et al. 1981).

Auf der Basis dieser Erhebung wurden in einer zweiten Projektphase ausgewählte Fallstudien über verschiedene Typen und Formen von sozialen Bewegungen erstellt (vgl. Kriesi et al. 1985). Beispiele untersuchter Mobilisierungsprozesse sind: die "Union des producteurs suisses", die verschiedenen Bewegungen in der Jurafrage, die Proporzinitiative der jungen CVP im Wallis, der nationale Streik der Gewerkschaft Druck und Papier im Jahre 1980, der Konflikt um die Seestrasse in Richterswil, der Fall "Wiedikon" als Beispiel einer Mobilisierung im Bereich Schule, die Erklärung von Bern und der Widerstand gegen ein geplantes AKW in Graben.

Ganz ähnlich wurde auch für die Zeit von 1975 bis 1989 Aktivierungsereignisse erhoben (vgl. Giugni 1995). Diese Studie, welche erneut von Hanspeter Kriesi geleitet wurde, wurde auch in Frankreich, Holland und Deutschland durchgeführt, so dass Vergleiche zwischen den Ländern angestellt werden konnten.

2.7 SCHLUSSFOLGERUNGEN UND AUSBLICK

Wir haben in diesem Kapitel eine ganze Reihe von Theorien kennen gelernt, welche die Entstehung von politischen Bewegungen zu erklären versuchen. Der Blick auf die Unterschiede zwischen den verschiedenen sozialen Bewegungen, die zu den verschiedensten Zeitepochen die politische Bühne betraten, legt den Schluss nahe, dass es wohl kaum eine allgemeingültige Theorie gibt, welche das wann, warum und wie von sozialen Bewegungen zu erklären, geschweige denn vorherzusagen vermag. Je nach Bewegungstyp, Entstehungsumstand und historischem Zeitpunkt scheint der eine oder andere Ansatz besser geeignet zu sein.

Soziale Bewegungen sind für die Entstehung und Entwicklung von politischen Parteien von entscheidender Bedeutung. In diesem Sinne ist es falsch, von einem grundsätzlichen Antagonismus zwischen Bewegungen und Parteien auszugehen. Sowohl die grossen Parteien wie auch die kleineren oppositionellen Gruppierungen lassen sich alle - mehr oder weniger direkt - auf soziale Bewegungen zurückführen. Neben diesem für die politischen Parteien konstitutiven Element haben sie auch eine ganz spezifische inhaltliche Funktion. Sie greifen in der Regel Themen auf, welche von den Parteien vernachlässigt werden. Damit werden sie zu wichtigen Trägern von Ideen.

In der Regel ist die Lebensdauer von sozialen Bewegungen im Vergleich zu den Parteien deutlich kürzer. Dies ist jedoch nicht in erster Linie bedingt durch ihre Ideen und Forderungen, sondern ist vor allem auf ihre schwache organisatorische Ausprägung und die praktisch fehlende Einbindung ins politische System zurückzuführen. Kommt es nicht zu einer Institutionalisierung in Form einer straffer geführten Bewegungsorganisation, so ist das Ende der Bewegung absehbar.

Beschleunigt wird der Untergang einer Bewegung durch das Verschwinden des für ihre Entstehung ursächlichen Leidensdruck, die Erfüllung ihrer Anliegen oder die Übernahme ihrer Forderungen durch die etablierten Parteien. Gerade hier erfüllen aber die Bewegungen eine ganz wichtige Inputfunktion, welche die (manchmal zur einer gewissen Trägheit neigenden) Parteien zu notwendigen programmatischen Anpassungsleistungen zwingen. Der Wandel der SP von einer Arbeiterpartei zu einer "Partei des fortschrittlichen Mittelstandes" mit den entsprechenden ideologischen und programmatischen Anpassungen lässt sich ohne die neuen sozialen Bewegungen in den 1970er und 1980er Jahren nicht erklären.